

Pulsnitzer Tageblatt

Preisnehmer 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Kontogeb.-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Beitzteile (Roffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshaupten des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 64

Mittwoch, den 17. März 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Die Entlassung der abgehenden Volksschüler

findet **Freitag, den 19. März, abends 1/8 Uhr, in der Turnhalle** statt.
Eltern und Freunde der abgehenden Kinder werden hierdurch zur Teilnahme an
der Feier eingeladen.
15./3. 26.

Volksschule zu Pulsnitz.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Auf der Londoner Arbeitszeitkonferenz sprach der Reichsar-
beitsminister Brauns über die Regelung der Arbeitszeit
in Deutschland.
Bei der Eisenbahnkatastrophe in Amerika sind 248 Personen
tödlich verunglückt.
Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Melbourne: Der
australische Senat hat mit allen Stimmen die Vorlage
auf Errichtung einer eigenen australischen Flotte von zu-
nächst 22 Einheiten angenommen.
In der Nacht zum Sonntag haben in Wien neuerdings 8
Personen Selbstmord begangen bzw. versucht. In den
meisten Fällen sind Arbeitslosigkeit und Wohnungslosig-
keit das Motiv der Tat.
Dieser Tage weilt der im süddeutschen Gummersbach woh-
nende Hauptlehrer Adolf Frangen, der schnellste Steno-
graph der Welt, in Berlin. Bei dem letzten stenographi-
schen Industrie- und Handelswettbewerb brachte es Fran-
gen in einen 5 Minuten währenden Diktat mit unbekanntem
Text zu 440 Silben in der Minute.

Deutschlands Aufnahme im Herbst

Schweden und die Tschechei verzichten zugunsten Polens und Hollands — Rumänien soll
einen Ratsitz haben — Brasiliens Einspruch besteht noch immer — Das Kommunique von Genf
— Die deutschen Delegierten werden morgen abend Genf verlassen —
Die wachsende Europa-Müdigkeit bemerkbar

Entscheidung in der Viermännerkonferenz

Genf. Die Vorgänge in Genf sind in ein neues
Stadium getreten. Nachdem Schweden seine Bereitwilligkeit
erklärt hat, von seinem Ratsitz zurückzutreten, wird jetzt
versucht, mindestens noch eine Nacht zu dem gleichen Schritt
zu bewegen. Ganz besonderen Druck hat man auf die
Tschechoslowakei ausgeübt, deren Vertreter in Genf, Dr. Be-
nesch, jedoch im ersten Moment wenig Entgegenkommen
zeigte. Aber Beneš hat dem Druck nicht standhalten
können. Er hat seine persönliche Eitelkeit besonders unter
dem Druck Frankreichs zurückgestellt und ist mit dem schrift-
lichen Einverständnis der Kleinen Entente bereit, auch seinen
Ratsitz zur Verfügung zu stellen. Für Schweden und die
Tschechoslowakei würden dann Holland und Polen in
den Rat eintreten. Die Tschechoslowakei hat aber ihrerseits
als Bedingung von der Kleinen Entente mitbekommen, daß
der Versuch gemacht wird, zum Herbst einen neuen Ratsitz
zu schaffen, der von der Kleinen Entente besetzt werden soll.
Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel gelassen, daß sie
nun endlich die Koffer packen würde, denn dieser neue Vor-
schlag der Kleinen Entente ernstlich vorgebracht wird.
Unter den Ratsmitgliedern, die am Locarnopakt beteiligt
sind, herrscht nun auch formell Einigkeit darüber, daß sowohl
Schweden wie die Tschechoslowakei ihren Ratsitz zur Verfü-
gung stellen und dafür Holland und Polen eintreten. Das
Veto Brasiliens ist zur Stunde noch nicht definitiv zurück-
genommen, aber die deutsche Delegation nimmt an, daß man
in einer Sitzung zwischen Chamberlain, Briand,
Luther und Stresemann endgültig zum Schluß der
Verhandlungen kommen wird. Briand und Chamberlain
haben die deutsche Delegation besucht. Briand jedenfalls hat
darauf hingewiesen, daß er am Donnerstag unbedingt in
Paris sein muß.

Das Resultat der Verhandlungen

würde also sein, daß Polen schon in dieser Session seinen
Ratsitz bekommt, daß außerdem eine Kommission ernannt
wird, die über die weitere Schaffung von Ratsitzen beraten
soll, und daß diese Kommission mit höchster Wahrscheinlichkeit
Richtlinien mitbekommt, die eine solche Schaffung in Aus-
sicht stellen. Diesen neuen könnten dann Rumänien erhalten.
Bereits von einer vollständigen Einigung zu sprechen,
wäre völlig verfrüht, da nur das Kompromiß über den pol-
nischen Ratsitz fertig ist, nachdem die deutsche Delegation
in diesem Punkte nachgegeben hat. Die rumänische Frage
und die spanisch-brasilianischen Fragen sind noch nicht er-
ledigt. Es ist noch möglich, daß

die Haltung Brasiliens

die allergrößten Schwierigkeiten macht, was zwar nicht direkt
Deutschland, wohl aber den Völkerbund angehen würde. Es
weiß noch niemand, wie man Brasiliens Einspruch überwin-
den soll. Die Ratsmächte haben einen offiziellen Schritt in
Rio de Janeiro getan, auf den aber noch keine Antwort ein-
getroffen ist.

Starke Zumutung an Deutschland.

Genf. Diese Lösung der Genfer Krise, bei der man
ganz plötzlich auch noch Rumänien aufs Tapet brachte, er-
folgte, ohne die Stellungnahme der deutschen Delegation zu
kennen. Es wird anscheinend Deutschland zugemutet, sich
mit den übrigen Großmächten an einer bindenden Zusage
in bezug auf die Wahl Rumäniens für die nächste Session
zu beteiligen.

Von einer Zustimmung der deutschen Delegation zu dieser
Lösung kann natürlich keine Rede sein.

Das oberste Prinzip, das die Delegation seit ihrem
Eintreffen in Genf vertritt, geht dahin, daß Deutschland
sich vor seinem Eintritt in den Völkerbund und den Rat zu-
gunsten keiner Macht oder Mächtegruppe seine künftige
Handlungsfreiheit beschränken lassen kann. Wenn bisher
rein theoretisch deutscherseits auf den Gedanken eines
doppelten Wechsels innerhalb des Rates in Anlehnung an
die schwedische Anregung eingegangen worden ist, so
handelte es sich dabei um keine Erweiterung des Rates, und
es war zudem die

Beibehaltung des gegenwärtigen politischen Kräfte- verhältnisses nach erfolgter Neuwahl Voraussetzung.

Voraussetzung dabei aber war ferner, daß mit einer solchen
Lösung das französische Versprechen an Polen, von dem alles
Unheil ausging, definitiv abgegolten sei. Zu einem gegebenen,
vorausichtlich auch eingelösten Versprechen an Polen kommt
aber nun heute ein neues Versprechen für die Kleine Entente,
in bezug auf das der deutschen Regierung zu-
gemutet wird, sich bindend zu verpflichten,
bei der nächsten Wahl sich für Rumänien ein-
zusetzen. In diesem Zusammenhang ist ein solches Un-
tun geradezu grotesk.

Jedenfalls steht fest, daß die deutsche Regierung ebenso-
wenig für Rumänien wie für Polen sich vor Eintritt in den
Völkerbund in irgendeiner Weise binden kann; das ist von
Anfang an sämtlichen in Genf versammelten Mächten be-

Die Wirtschaft der baltischen Randstaaten.

Estland, Lettland, Litauen.
Von Kurt Brinkmann.

Der Ausgang des Weltkrieges und die russische Revo-
lution gab der Bevölkerung der Randstaaten ihre Freiheit
zurück und damit die Errichtung eigener National-
staaten. Das Jahr 1920 war nach dem Frieden mit Rus-
land das Geburtsjahr der Randstaaten. Ob ihre Freiheit
nunmehr endgültig gesichert ist, muß die Zeit lehren. Rus-
land ist zurzeit noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt; ob es
seinen Drang zum Meere auf ewig begraben hat, ist noch
sehr die Frage. Hierauf beruht auch das tiefere Interesse,
das der alte Widersacher Russlands — England — den
Randstaaten entgegenbringt.

Ihrer Größe und Bevölkerung nach sind die Randstaaten
ziemlich klein. Estland, 47 549 Quadratkilometer, mit
1 150 000 Seelen, Lettland, 65 685 Quadratkilometer, mit
1 700 000; Litauen, 55 257 Quadratkilometer, mit 2 450 000
Einwohnern. Im Gegensatz zu Polen sind sie arm an Boden-
flächen und dadurch auch arm an Industrie. Die Landwirt-
schaft bildet bei allen den Grundstock ihrer Wirtschaft. Vor
dem Kriege hatte der Großgrundbesitz den Hauptteil des be-
bauten Landes und der Forsten inne. Durch die Agrar-
reform, die in fast allen Ländern, die durch die Revolution
hervorgebracht waren, rücksichtslos durchgeführt wurde, ist der
einst blühenden Landwirtschaft schwerer Schaden zugefügt,
von der sie sich nur langsam und durch Umstellung erholen
konnte. So sehen wir bei allen drei Staaten die Umstellung
auf die Viehwirtschaft und dadurch einen zunehmenden
Export von Mollereiprodukten und Fleischartikeln. Auch
der Kleingartenbau ist beträchtlich gestiegen. Deutschlands

